

Campen gegen Braunkohle

In der Lausitz beginnt die Protestwoche gegen Tagebaue und Kohlekraftwerke. Demonstration und Aktionen am Pfingstwochenende geplant. **Von Wolfgang Pomrehn**

Am heutigen Montag beginnt im brandenburgischen Dorf Proschim (sorbisch Prozym) das diesjährige Lausitzer Klima- und Energiecamp. Wie seine fünf Vorgänger dient es dem Protest gegen den Abbau von Braunkohle im Südosten Brandenburgs und in den angrenzenden Regionen Sachsens. Aktivisten aus ganz Deutschland und dem europäischen Ausland werden bis zum 16. Mai ihre Zelte in der Gemeinde Welzow aufschlagen, zu der Proschim gehört. Dort betreiben Vattenfall und sein Nachfolger, der tschechische Konzern EPH (Energeticky a Prumyslový Holding), mit Unterstützung der Landesregierungen den Aufschluss der beiden neuen Tagebaue in Jämschwalde-Nord und Welzow-Süd II. Letzterer bedroht Proschim.

Den Organisatoren des Camps geht es auch um die schädlichen Folgen, die das Verbrennen von Kohle für das Klima hat. Um den Klimawandel zu bremsen, müssten mindestens 80 Prozent der weltweit bekannten fossilen Ressourcen im Boden bleiben, heißt es in ihrem Aufruf. EPH kaufe sich in eine Branche ohne Zukunft ein. »Diese Investition in die Lausitzer Braunkohle ist eine klimapolitische Katastrophe«, so Josephine Lauterbach von den Camp-Organisatoren. EPH müsse mit weiteren Protesten rechnen. Angesichts der Folgen von Kohleabbau und -verfeuerung seien friedlicher Protest und ziviler Ungehorsam gegen die Kohleverstromung sowie Blockaden gegen die Kohleinfrastruktur notwendig und legitim. Die Protestaktionen richteten sich aber nicht gegen die Arbeiter oder die Polizei. Geplant ist unter anderem eine Demonstration am 14. Mai in Welzow. Die Kampagne »Ende Gelände!« plant am Pfingstwochenende in der Lausitz Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen den Braunkohleabbau.

Derweil haben die energiepolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Eva Bulling-Schröter, und

ihre Cottbusser Fraktionskollegin Birgit Wöllert eine sozialverträgliche und umweltgerechte Zukunftsperspektive für die Braunkohleregion gefordert. Es gebe Unklarheiten über die Zukunft der Tagebausanierung sowie über den vereinbarten Verkauf des Braunkohlegeschäfts von Vattenfall an EPH. Ein neues Verwaltungsabkommen über die Braunkohlesanierung müsse dafür sorgen, dass die Bundesländer über die bereits vereinbarten Kosten hinaus keine Belastung zu tragen hätten.

Den Politikerinnen fehlt es vor allem an der notwendigen Vorsorge. Wenn die Beschlüsse der Pariser UN-Klimakonferenz im November 2015 und die eigenen langfristigen Klimaschutzziele ernst gemeint seien, müsse der Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2035 erfolgen. Daher fordern sie,

dass der Neubau von Kohlekraftwerken und der Aufschluss neuer Tagebaue verboten werden. Letzteres bezieht sich ausdrücklich auch auf Welzow-Süd II und Jämschwalde-Nord. Wie auch das Berliner Bündnis Kohleausstieg fordern Bulling-Schröter und Wöllert einen runden Tisch für die Bürger der betroffenen Region. Auch müsse die Bundesregierung überprüfen, ob EPH die nötigen Rücklagen für die Bergbaunachsorge und die Altersversorgung der Beschäftigten habe.

In der EU sind die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen im Jahr 2015 gestiegen. Nach einer vorläufigen Analyse von Eurostat wurden 0,7 Prozent mehr Kohlendioxid durch Verbrennung fossiler Energieträger freigesetzt als im Jahr zuvor. Besonders hoch war der Anstieg in einigen

kleineren EU-Ländern, was aber wegen der geringen absoluten Zahlen kaum ins Gewicht fällt. Eine größere Rolle spielt der Trend in Frankreich, Italien und Polen. In Deutschland, auf das 23 Prozent aller Emissionen in der EU entfallen, blieb der Ausstoß 2015 stabil. Allerdings ist das keineswegs beruhigend, denn die deutschen Emissionen müssen zur Stabilisierung des Klimas drastisch reduziert werden. Bereits die erste Merkel-Gabriel-Regierung hatte 2007 als offizielles, bis heute gültiges Ziel formuliert, die jährlichen Treibhausgasemissionen auf 750 Millionen Tonnen reduzieren zu wollen. Allerdings verharret der jährliche Ausstoß seit 2009 bei rund 900 Millionen Tonnen, manchmal liegt er auch etwas drüber.

■ ende-gelaende.org/de
■ lausitzcamp.info



Aktionskunst beim Vorjahresprotestcamp am 8. Mai 2015 vor dem Kraftwerk Jämschwalde in Brandenburg

Rojava-Vertretung in Deutschland

Autonomieregion bietet Bundesregierung Hilfe bei der Aufnahme von Flüchtlingen an

Die demokratische Selbstverwaltung der nordsyrischen Region Rojava ist jetzt mit einem Büro für Kontakt- und Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland vertreten. Die Vertretung wurde am Freitagabend in einem Gebäude in der Berliner Residenzstraße eröffnet, in dem sich bereits das Demokratische Gesellschaftszentrum der Kurden NavDem befindet.

Ziel der Vertretung sei es, diplomatische Beziehungen mit dem deutschen Staat aufzunehmen und die Öffentlichkeit über die Entwicklungen in Rojava zu informieren, erklärte der künftige Repräsentant der Autonomieregion, Sipan Ibrahim. »Wir wollen den Menschen in Deutschland deutlich machen, dass in Rojava Kurden, Araber und andere Bevölkerungsgruppen geschwisterlich zusammenleben.« Obwohl Deutschland sich am Kampf gegen den »Islamischen Staat« beteilige, unterstütze die Bundesregierung bislang nur die Peschmerga der Kurdischen Regionalregierung im Nordirak mit Waffen und Ausbildungshilfe. Die Volksver-

teidigungseinheiten (YPG) in Rojava erhielten dagegen keinerlei Hilfe aus Deutschland, beklagte Ibrahim.

Die Europavertreterin der Selbstverwaltung, Sinem Mohamed, appellierte an die Bundesregierung, die unter dem türkischen Embargo leidende Autonomieregion wirtschaftlich zu unterstützen. »Wir können dabei helfen, die Flüchtlingsfrage zu lösen. Wir sind bereit, syrische Flüchtlinge aufzunehmen, aber dabei brauchen wir Unterstützung.« Ein Vertreter der christlichen Assyrer gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass Syrien seine Einheit zukünftig statt durch Zwang durch die Anerkennung seiner Bevölkerungsvielfalt wahren würde. Dafür sei ein föderatives System die beste Voraussetzung. Sowohl die syrische Regierung wie auch die vom Westen unterstützte Opposition hatten allerdings im März die Ausrufung einer föderalen Region Rojava-Nordsyrien als Angriff auf die territoriale Integrität Syriens verurteilt.

Einen offiziellen diplomatischen Status hat die Rojava-Vertretung bis-

lang nicht. Aus Rücksicht auf den NATO-Partner Türkei wird eine solche Anerkennung in absehbarer Zeit wohl kaum erfolgen. Die der türkischen Regierungspartei AKP nahestehende islamistische Tageszeitung *Yeni Akit* sprach dennoch am Samstag von einem »großen Skandal« und behauptete, Bundeskanzlerin Angela Merkel habe eine Vertretung der »Terrororganisation PYD« (gemeint ist die Partei der demokratischen Union, zur Zeit stärkste politische Kraft in Rojava) in Berlin eröffnet.

Grüßworte zur Eröffnung kamen von Vertretern zahlreicher kurdischer, jesidischer und assyrischer Verbände, darunter der Patriotischen Union Kurdistan (PUK) aus der kurdischen Autonomieregion im Nordirak. Offizielle Repräsentanten der im Bundestag vertretenen Parteien glänzten dagegen durch Abwesenheit. Lediglich die Gesellschaft für bedrohte Völker und die mit Solidaritätsbrigaden beim Bau eines Gesundheitszentrums in der Stadt Kobani engagierte Marxistisch-Leninistische

Partei Deutschlands sowie der frühere SPD-Staatssekretär Klaus Faber waren vertreten.

In den letzten Monaten waren bereits Rojava-Vertretungen in Moskau, Stockholm und Prag eröffnet worden.

Nick Brauns

Millionenschwerer Apothekerbetrug

Berlin. Staatsanwaltschaften in mehreren Bundesländern ermitteln nach Informationen der *Welt am Sonntag* wegen millionenschweren Betrugs gegen Apotheker. Es gehe um sogenannte »Luftrezepte«, wie die Zeitung berichtete. Apotheker sollen tausende Verschreibungen mit den gesetzlichen Krankenkassen abgerechnet haben, obwohl die verschriebenen Medikamente nie über ihre Ladentheken gegangen seien. Dabei hätten sie gemeinsame Sache mit Ärzten oder Patienten gemacht. Die Schadenssummen, die Kassen durch betrügerische Apotheker entstehen, sind dem Bericht zufolge teilweise deutlich höher als bei jeder anderen Berufsgruppe im Gesundheitswesen. Allein die Kaufmännische Krankenkasse habe 2015 fast 500.000 Euro von Apothekern zurückgefordert. (AFP/iW)

Minister kündigt »Milchgipfel« an

Berlin. Agrarminister Christian Schmidt (CSU) will den Landwirten angesichts der niedrigen Milchpreise helfen und kündigt dazu einen »Milchgipfel« an. »Bei diesen Preisen wird die Axt an die Existenzgrundlage unserer Bauern angelegt«, sagte Schmidt der *Bild am Sonntag*. Er wolle Landwirtschaft, Molkeereien und Handel an einen Tisch bekommen. »Im Moment zahlen unsere Bauern allein die Zehle, Handel und Molkeereien verdienen weiter.« Erst vor knapp einer Woche senkten Discounter beispielsweise die Preise für einen Liter frische Vollmilch von 59 auf 46 Cent. (dpa/iW)

ADAC-Delegierte stimmen Reform zu

Lübeck. Die Neuausrichtung des ADAC ist beschlossene Sache. Die Hauptversammlung des Automobilclubs stimmte am Samstag in Lübeck dem sogenannten Dreisäulenmodell zu. Dieses sieht vor, den ADAC in einen Verein und eine Stiftung für die »gemeinnützige« Arbeit und eine Aktiengesellschaft für die kommerzielle aufzuspalten. Für die von Vorstand und Verwaltungsrat vorgelegten »Lübecker Beschlüsse« stimmten mehr als 84 Prozent der 221 Delegierten. (dpa/iW)

ANZEIGE

Ossietyzky

Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Türsteher Türkei

Beiträge von Karin Kulow • Ulla Jelpke • Inge Höger • Jane Zahn • Anja Flach • Murat Cakir Winfried Wolk • Werner Ruf • Alp Kayserlioglu Thomas Schmidt • Axel Gehring • Rolf Gössner Eckart Spoo • Werner Rügemer • Lothar Zieske Harald Kretzschmar • Matthias Biskupek

• Themenheft •

Neunzehnter Jahrgang **10** € 2,80

7. Mai 2015

Mit weiteren Texten von Ingrid Zwerenz, Klaus Nilius, Wolfgang Eckert, Hannes Hofbauer, Günter Krone, Anja Röhl, Luise Weigel und Wolfgang Helfritsch

Bestellung
Jahresabo / Geschenkabo
 25 Hefte € 58,- (Ausland € 94,-)
Halbjahresabo / Geschenkabo
 12 Hefte € 32,-
Jahresförderabo € 104,-

Ossietyzky Verlag GmbH
 Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre
 ossietyzky@interdruck.net
 Tel. 039031 - 950 596
 Fax 039031 - 950 796
 www.ossietyzky.net